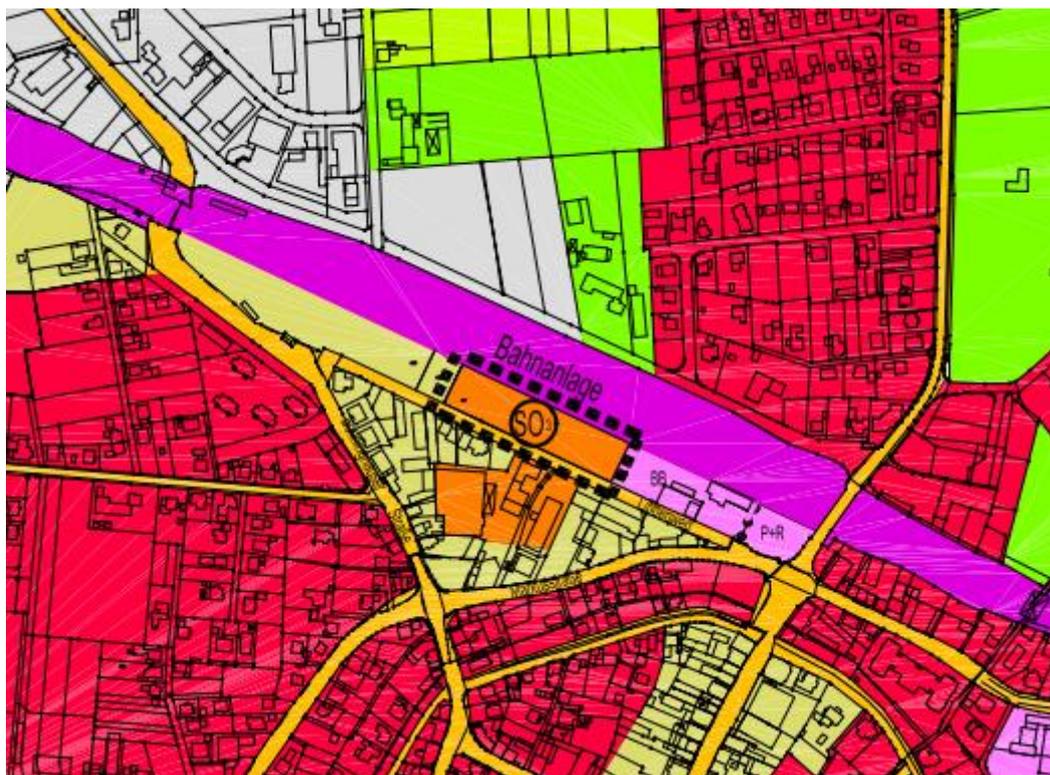


Öffentliche Bekanntmachung

über die Genehmigung der 130. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geseke

Der Rat der Stadt Geseke hat in seiner Sitzung am 29.08.2023 die 130. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen.

Ziel der Planung ist es, die Verkaufsfläche von derzeit 1.200 m² auf 1.400 m² zu erweitern. Die geplante Erweiterung erfolgt im bestehenden Gebäude.



Genehmigung:

Gemäß § 6 Abs. 1 BauGB genehmige ich hiermit die vom Rat der Stadt Geseke am 29.08.2023 beschlossene 130. Änderung des Flächennutzungsplanes unter Beachtung der nachfolgenden Nebenbestimmungen:

1. Die letzte Fassung des Baugesetzbuches ist unter Rechtsgrundlagen auf der Planurkunde falsch angegeben und zu korrigieren.
2. Die letzte Fassung der Baunutzungsverordnung ist unter Rechtsgrundlagen auf der Planurkunde falsch angegeben und zu korrigieren.
3. Die letzte Fassung der Gemeindeordnung der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) ist unter Rechtsgrundlagen auf der Planurkunde falsch angegeben und zu korrigieren.
4. Die fehlerhafte Abgrenzung des Änderungsbereiches ist zu entfernen.

Arnsberg, den 19.09.2023

Bezirksregierung Arnsberg

35.02.71-006

Im Auftrag

Tim Stein

Übereinstimmungserklärung nach § 2 Abs. 3 Bekanntmachungsverordnung NRW

Hiermit wird bestätigt, dass der Wortlaut der Genehmigung mit dem hier abgedruckten Text übereinstimmt und dass nach § 2 Absatz 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung NRW verfahren worden ist.

Geseke, den 10.10.2023

i.V.

gez. Herber

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Genehmigung wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB öffentlich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 130. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Geseke gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 BauGB rechtswirksam.

Die 130. Änderung des Flächennutzungsplanes kann bei der Stadtverwaltung Geseke, FB III, Stadtplanung, Zimmer-Nr. 016 , An der Abtei 1, 59590 Geseke während der Dienststunden montags bis freitags in der Zeit von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr, montags, dienstags und donnerstags von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr eingesehen werden.

Hinweis nach § 215 Abs. 1 BauGB

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie der Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Flächennutzungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Hinweis nach § 7 Abs. 6 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW)

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der GO NRW kann gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Geseke, den 10.10.2023

i.V.

gez. Herber